

## Merkel hat die Katze aus dem Sack gelassen:

- Armut per Gesetz – jetzt mit Hartz V
- Wohngeld künftig ohne Heizkosten
- Extra-Profite für Atomstromkonzerne
- Millionen-Boni für Pleite-Bänker



Foto: Jakob Huber

### In dieser Ausgabe:

**5** Wie Medien Rassismus gegen Muslime schüren. Lucia Schnell berichtet von einer Veranstaltung in der Werkstatt der Kulturen.

**6** Umbau Karl-Marx-Straße. Michael Anker gibt einen Überblick.

**8** Wohnen wird für viele in Neukölln teurer. Was kommt auf die Mieter zu?

## Neukölln: Mehr Armut

**Hartz V: 80.000 „Hartz-Bedarfsgemeinschaften“ in Neukölln sind betroffen.**

S tatt der Einführung einer arbeitsfesten Mindestsicherung, soll das Arbeitslosengeld II für Erwachsene um nur fünf Euro erhöht werden, die Sätze für Kinder sollen konstant niedrig bleiben. Gutscheine für Bildung auf niedrigstem Niveau sollen eine Erhöhung der Kindersätze ersetzen. Für Neukölln bedeutet das: Hartz-Betroffene werden künftig noch we-

niger Geld zur Verfügung haben, trotz steigender Preise. Die tägliche Jagd nach „Schnäppchen“ wird zunehmen. An der Ernährung wird weiter „gespart“. Mit schlimmen Folgen für die Gesundheit. Und immer weniger Hartz-Betroffene werden es sich leisten können, am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilzunehmen. Armut bedeutet Ausschluss.

Wohngeld für Haushalte mit geringen Einkünften, das sind vor allem Rentnerinnen und Rentner, Geringverdienende und Studierende, soll um die Heizkostenpauschale gekürzt werden.

Sie wurde erst bei der letzten Gesetzesnovelle zum Wohngeldgesetz eingeführt. Jetzt soll sie der Umverteilung von unten nach oben geopfert werden. Denn von Merkels Politik profitieren die Reichen und Superreichen: Zum Beispiel die Aktionäre der Stromkonzerne, deren Atomkraftwerke über die vereinbarten Restlaufzeiten hinaus betrieben werden. Das bedeutet Extra-Profite in Milliardenhöhe. Davon profitieren Pleite-Bänker, die Bonuszahlungen in Millionenhöhe aus Steuergeldern einstreichen können.

**Lesen Sie die Beiträge auf den Seiten 3, 4 und 8.**



**Volksbegehren: „Wir Berliner wollen unser Wasser zurück!“**

**Endspurt bis zum 27. Oktober**

**Lesen Sie Seite 2**

## Protest gegen Sozialkahltschlag



Foto: KDH

**DIE LINKE.**  
Bezirksverband Neukölln

*DIE LINKE: Ein System, das angeblich systemrelevanten Banken Hunderte von Milliarden hinterher schmeißt und gleichzeitig Hartz IV-Sätze um einen lächerlichen Betrag von fünf Euro erhöht, muss in Frage gestellt werden.*

**Was haben „Sonnenallee“-Autor Thomas Brussig, „Lindenstraßen-Wirt“ Kostas Papanastasiou, Maren Kroymann, Günther Wallraff und Mitarbeiter des Ordnungsamts Neukölln gemeinsam?**



**Sie unterstützen das Volksbegehren „Wasser“**



Unterschriften für das Volksbegehren „Wasser“ wurden auch am Rande der Großdemonstration gegen die Atompolitik der Bundesregierung gesammelt.

**Weitere Informationen zum Volksbegehren des Berliner Wassertisches im Internet unter: [www.berliner-wassertisch.net](http://www.berliner-wassertisch.net)  
Unterschriftenlisten gibt es auch bei der Neuköllner LINKEN, Richardplatz 16, 12055 Berlin**

**Es nieselt schon seit einigen Stunden. Wasser von oben, das hält Mitglieder der Basisorganisation Rixdorf der Neuköllner LINKEN nicht ab, in der Karl-Marx-Straße vor Aldi Unterschriften für das Volksbegehren „Wir Berliner wollen unser Wasser zurück!“ zu sammeln.**

**S**chnell füllen sich die Unterschriftenliste. Worum es geht, das ist vielen bereits bekannt. Auch zwei Mitarbeiter des Ordnungsamts, an ihren Anoraks leicht zu erkennen, geben ihre Unterschrift. So wie bereits mehr als 105.000 Berlinerinnen und Berliner.

Unterstützung für den Endspurt haben sie von Prominenten erhalten. In ihrer „Unterstützererklärung“ heißt es: „Die Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge hat sich in den meisten Fällen nicht für die Menschen ausgezahlt. Im Gegenteil: Enorme Preissteigerungen spiegeln sich für viele in steigenden Betriebskosten wieder. Vor allem mit der Privatisierung des Wassers, dem wichtigsten Grundnahrungsmittel, muss Schluss gemacht werden. Die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe führte dazu, dass über eine Milliarde Euro an Gewinnen aus den Taschen der Berliner gepumpt wurde. Auch ich unterstütze das Volksbegehren zur vollständigen Offenlegung der Geheimverträge, die im Zusammen-

hang mit der Teilprivatisierung abgeschlossen worden sind und bitte alle Berliner, das Volksbegehren zu unterschreiben. Was vor uns geheim gehalten wird, dagegen können wir uns nicht wehren!“

Die Namensliste ist lang, täglich kommen neue Unterstützerinnen und Unterstützer hinzu. Neben anderen setzen sich für das Volksbegehren Wasser ein: *Silvia Bovenschen, Volker Braun, Thomas Brussig, Hans Christoph Buch, Friedrich Christian Delius, Friedrich Dieckmann, Tanja Dückers, Gerd-Peter Eigner, Jenny Erpenbeck, Julia Franck, Franek, Annett Gröschner, Durs Grünbein, Sarah Haffner, Katharina Hacker, Christoph Hein, Jakob Hein, Matthias Hollefreund, Wladimir Kaminer, Ulrike Kolb, Uwe Kolbe, Dr. Reinhard Knodt, Eva Kreuzberger, Maren Kroymann, Katja Lange-Müller, Irina Liebmann, Gert Loschütz, Nicol Lubitsch, Richard Maschke, Ulla Meinecke, Terézia Mora, Dr. Motte, Kostas Papanastasiou, Ulrich Peltzer, Peter Schneider, Ingo Schulze, Ulf Stolterfoht, Siegfried Strauch, Dörte Traubant, Theater der Erfahrungen, Berliner Compagnie, Günther Wallraff, Klaus Walter, Konstantin Wecker, Norbert Zähringer, Prof. Dr. Berthold Zilly.*

Bis zum 26. Oktober 2010 müssen 172.000 gültige Unterschriften zusammenkommen. Darum: Unterstützt das Volksbegehren der Bürgerinitiative „Berliner Wassertisch“. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass die Geheimverträge veröffentlicht werden.

Foto: KDH

# Armut per Gesetz – Jetzt mit Hartz V

*Bundeskanzlerin Merkel kündigte einen „Herbst der Entscheidungen“ an und nannte in diesem Zusammenhang das Energiekonzept, die Änderungen bei Hartz IV, die Gesundheitsreform, die Aussetzung der Wehrpflicht und die Haushaltspolitik. „Wir wurden dafür gewählt zu handeln“, sagte sie der „Süddeutschen Zeitung“. Deshalb hetzt die Bundesregierung Menschen ohne Arbeit und Menschen, die sich zu Hungerlöhnen verdingen müssen, gegeneinander auf, anstatt dafür zu sorgen, dass alle Menschen in Deutschland in Würde leben können. Deshalb bekommt die Atomindustrie Vorfahrt. Deshalb wird die Bundeswehr zu einer weltweit operierenden Interventionsarmee umgebaut. – Aber, es entwickelt sich Widerstand gegen diese Politik.*

**Merkel und Westerwelle wollen den Erwerbslosen gerade einmal fünf Euro mehr zugestehen. Für die zwei Millionen Kinder, die in „Hartz-IV-Haushalten“ leben, gibt es keine Erhöhung. Sie werden mit ein paar Sachleistungen abgespeist. Der Kommentar von Merkel „Wir sind hier einen sehr, sehr großen Schritt gegangen.“ In die weitere Spaltung der Gesellschaft!**

Eine Erhöhung von fünf Euro entspräche dem Bedarf, so Sozialministerin von der Leyen. Dies habe das Statistische Bundesamt festgestellt. In den Ohren der Betroffenen ist das blanke Hohn. Sozialverbände und Gewerkschaften fordern seit Jahren eine Erhöhung auf 420 Euro. DIE LINKE hat sich mit ihrer Forderung von 500 Euro vom Expertenwissen der Erwerbslosenverbände leiten lassen. Aber diese Sachverständigen sind für die Regierung keine Gesprächspartner. Es wird einfach über die Köpfe der Betroffenen hinweg entschieden.

Geht es um Banken und Atomkraftwerke, lässt sich die Regierung bisweilen von den Lobbyisten sogar die Gesetzestexte schreiben. Und es wird mit den Herren verhandelt, wie sie es denn gerne hätten. „Noch ein paar Milliarden mehr?“

Das Arbeitslosengeld II soll kümmerlich bleiben, damit „ein Anreiz zur Arbeitsaufnahme“ bestehe, so betont es von der Leyen. Mit den Sanktionen von Hartz IV werden Er-

werbslose gezwungen jede noch so unzumutbare Arbeit anzunehmen. Minijobs von denen frau nicht leben kann, Hungerlöhne von zwei, drei oder vier Euro. Rund 25 Prozent der Beschäftigten arbeiten für Hunger- und Niedriglöhne. Damit dies so bleibt gibt es eben nur fünf Euro mehr. Und zudem sollen die Sanktionen deutlich verschärft werden.

Bei den noch Beschäftigten wird dies Disziplinierung verschärfen. Und damit eine weitere Beeinträchtigung der gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten. Alle wissen: „Wenn ich meinen Job verliere, droht mir nach kurzer Zeit der Absturz in die Armut.“ Demnächst ohne gleitenden Übergang.

Westerwelle bekräftigt, dass die Regierung „die Interessen der Steuerzahler nicht vergessen“ dürfe. Jedoch werden unter dem Titel „Arbeitslosengeld II“ mehr als zehn Milliarden Euro Steuergelder an Unternehmer verteilt, die zu geizig sind die Beschäftigten anständig zu bezahlen. 1,3 Millionen Menschen – die sogenannten Aufstocker – verdienen so wenig, dass sie einen Anspruch auf Hartz IV haben. Diese zehn Milliarden Subventionen sind vermeidbar mit dem gesetzlichen Mindestlohn und viel mehr Vollzeitjobs. Insbesondere die krakenhafte Ausweitung der Minijobs muss beendet werden.

Gäbe es den gesetzlichen Mindestlohn von zehn Euro und „Gute Arbeit“, so könnte soviel Geld eingespart werden, dass ein Regelsatz von 500 Euro finanzierbar wäre.

*Michael Schlecht  
Chefvolkswirt  
der Bundestagsfraktion DIE LINKE*

## 29.9.: „European Day of Action“ in Berlin



Foto: DIE LINKE

**11.00 Uhr, Deutsche Bank, Wittenbergplatz, Aktion von Attac:** „Wir haben uns heute mit vielen Unterstützerinnen und Unterstützern für die Umverteilung anstelle der Kürzungen und Sparpolitik eingesetzt. Ziel ist es, dass die Banken endlich ihre Verantwortung für die Finanz- und Wirtschaftskrise wahrnehmen.“



Foto: DGB Berlin

**13.00 Uhr, Wittenbergplatz, Kundgebung des DGB:** „Die einen sparen sich jeden Bissen vom Munde ab und die anderen sparen sich einfach die Steuern.“



Foto: KDH

**17.30 Uhr, Rotes Rathaus, Demonstration des Bündnisses „Wir zahlen nicht für eure Krise“:** Mehrere tausend Menschen nahmen an der Demonstration gegen die Sozialkassenschlagpolitik der Bundesregierung teil.



# Regierungsviertel umzingelt

**Bei einer Großdemonstration gegen die Atompolitik der Bundesregierung haben am 18. September mehr als 100.000 Menschen das Berliner Regierungsviertel umzingelt.**

Damit wurden die Erwartungen der Veranstalter bei weitem übertroffen, die im Vorfeld lediglich mit mehreren Zehntausend Teilnehmern gerechnet hatten. Die Protestierenden ließen sich dabei in einer Kette um Reichstag und Kanzleramt zu einer symbolischen Sitzblockade nieder, um sich dem „Atomdeal der Bundesregierung mit den AKW-Betreibern zu widersetzen“. Die Sitzblockade wurde mit einem lautstarken „Atom-Alarm“ aus zig-tausenden Trillerpfeifen und Tröten beendet.

Vor dem Berliner Hauptbahnhof fand am späten Nachmittag die Ab-

schlusskundgebung statt. Mit Sonderzügen und über 150 Bussen waren Tausende Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet zu der Demonstration angereist. Unter dem Motto „Atomkraft: Schluss jetzt!“ wird sie von einem breiten Bündnis aus Umweltverbänden, Bürgerinitiativen, Parteien und Gewerkschaften getragen. Im Block der LINKEN demonstrierte auch eine starke Gruppe des Neuköllner Bezirksverbandes (*Bild rechts unten mit der Europaabgeordneten Sabine Wils*). „Der Tagesspiegel“ berichtet: „Viele der jungen Demonstranten sind verkleidet – Demonstrieren soll auch Spaß machen. Dabei kommt mancher ganz zufällig zur Protestkultur: „Krasse Freaks hier“, sagt ein Jugendlicher, der sein Mountainbike neben sich herschiebt zu seinem Freund. „Aber irgendwie geil. Und ich stehe voll auf den Gysi.“ Dabei zeigt er auf die Fahnen der Linken, zehn Meter vor ihm.“



Fotos: KDH

## Termine: DIE LINKE Neukölln

**Wahlmitgliederversammlung  
DIE LINKE Neukölln  
Sonnabend, 23.10.2010,  
von 11 bis 19 Uhr**

im Haus der Bildung (VHS/Musikschule) in der Boddinstraße 34 in 12053 Berlin (U8 Boddinstraße). Folgende Tagesordnung schlägt der Bezirksvorstand vor:

- 1. Begrüßung und Konstituierung**
  - Wahl der Versammlungsleitung
  - Abstimmung über Tagesordnung und Zeitplan
  - Festlegung zum Protokoll
  - Wahl der Antragskommission
  - Wahl der Mandatsprüfungskommission
  - Wahl der Wahl- und Zählkommission
- 2. Vorstellung des Rechenschaftsberichts des Bezirksvorstands**
- 3. Diskussion und Abstimmung über die Entlastung des Bezirksvorstands**
- 4. Neuwahl des Bezirksvorstands**
  - Abstimmung über Größe und Zusammensetzung
  - Einzelabstimmungen
  - Listenwahlen
- 5. Wahl der Neuköllner Landesparteitagsdelegierten und Ersatzdelegierten**
- 6. Beschlussfassungen**

**7. Termine und Ankündigungen  
8. Verabschiedung**

Alle Mitglieder des Bezirksverbandes sind rede- und stimmberechtigt. Sie können für die zu wählenden Ämter kandidieren. Wer einen Antrag stellen möchte, zeige das bitte vorher dem Bezirksvorstand an, damit er das Anliegen allen Mitgliedern bekannt machen kann. Bei Bedarf kümmert sich der Bezirksvorstand für den Zeitraum der Versammlung um eine Kinderbetreuung. Mögliche Vorstellungen der Kandidatinnen und Kandidaten sowie der Rechenschaftsbericht des Bezirksvorstands werden dokumentiert im Internet unter [www.die-linke-neukoelln.de](http://www.die-linke-neukoelln.de).

**Bezirksvorstand**  
Donnerstag, 14.10., 19 Uhr  
Donnerstag, 28.10., 19 Uhr  
Donnerstag, 11.11., 19 Uhr  
DIE LINKE, Richardplatz 16

**Arbeitsgruppe  
„Linkes Programm für Neukölln“**  
Mittwoch, 3.11., 19 Uhr  
DIE LINKE, Richardplatz 16

**BO Hermannstraße**  
Mittwoch, 13.10., 19 Uhr  
Treffen der Basisorganisation, Salvador-Allende-Zentrum, Jonasstraße 29

**Mittwoch, 27.10., 20 Uhr**  
Treffen der Basisorganisation, Salvador-Allende-Zentrum, Jonasstraße 29

**BO Reuterkietz**  
Dienstag, 2.11., 19 Uhr  
Treffen der Basisorganisation, Allmende, Kottbsser Damm 25/26

**BO Rixdorf**  
Dienstag, 12.10., 17 Uhr, Info-Stand, Karl-Marx-Straße 92 (vor Aldi)  
Dienstag, 19.10., 17 Uhr, Info-Stand, Karl-Marx-Straße 92 (vor Aldi)  
Donnerstag, 21.10., 19 Uhr  
Versammlung der Basisorganisation, Thema: Linkes Programm für Neukölln, DIE LINKE, Richardplatz 16  
Donnerstag, 4.11., 19 Uhr  
Versammlung der Basisorganisation, DIE LINKE, Richardplatz 16

**BO Süd**  
Dienstag, 12.10., 18 Uhr  
Info-Stand am Bat-Yam-Platz  
Dienstag, 19.10., 18 Uhr, Versammlung der BO Süd, Thema: Linkes Programm für Neukölln, Gemeinschaftshaus Gropiusstadt, Bat-Yam-Platz  
Dienstag, 26.10., 18 Uhr  
Aktion der BO am Bat-Yam-Platz

**Dienstag, 2.11., 18 Uhr**, Versammlung der BO Süd, Diskussion über aktuelle Politik der Bundesregierung, Gemeinschaftshaus Gropiusstadt, Bat-Yam-Platz

**AG Hartz IV**  
Mittwoch, 13.10., 17.30 Uhr  
DIE LINKE, Richardplatz 16

**Kostenlose Hartz-IV-Beratung**  
Mittwoch, 13.10., 14 bis 16 Uhr  
Mittwoch, 27.10., 14 bis 16 Uhr  
DIE LINKE, Richardplatz 16

**Erwerbsloseninitiative Neukölln**  
Dienstag, 19.10., 11 bis 14 Uhr  
Erwerbslosenfrühstück  
DIE LINKE, Richardplatz 16

**AG Bildung**  
Montag, 11.10., 17 Uhr  
DIE LINKE, Richardplatz 16

**Afghanistan: Das wahre Gesicht des Krieges**  
Ausstellung bis 14.11., DIE LINKE, Richardplatz 16.

Weitere Termine im Internet:  
[www.die-linke-neukoelln.de](http://www.die-linke-neukoelln.de)

# Wie Medien Rassismus gegen Muslime schüren

Von Minaretten, Kopftüchern und Rütli-Schülern

**Viele junge Frauen kamen zur Diskussion in die Werkstatt der Kulturen – mit Kopftuch und ohne.**

Rund 300 Frauen und Männer, Muslime und Nicht-Muslime nahmen an der Veranstaltung am 21. September teil. Aufgerufen hatte das „Bündnis gegen antimuslimischen Rassismus“, unterstützt von der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Claudia Haydt von der Informationsstelle Militarisierung drückte es stellvertretend für die Anwesenden aus: „Rassismus dient zur Spaltung unserer Gesellschaft. Er sagt mehr über Gesellschaft aus, in der er entsteht, als über die diskriminierte Minderheit. Das Schüren des Feindbilds Islam dient unter anderem dazu,

die großen Tageszeitungen stark an: „Die Medien werden ihrer Rolle als vierte Gewalt nicht gerecht. Sie haben zum Beispiel die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft gegen die islamische Gemeinschaft Milli Görüs ungeprüft übernommen und verstärkt. Der kritische Journalismus ist im Bereich von islamischen Organisationen ausgesetzt.“ Nach 19 Monaten stellte die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen ein. Schiffauer spitzte zu: „Die UNO und auch die USA unterstützen Entwicklungs- und Hilfeorganisationen im Gaza-Streifen. Wenn islamische Organisationen das machen, wird das ‚Terrorismus-Unterstützung‘ genannt.“ Viele Linke misstrauten dem Verfassungsschutz zu Recht. Es sei unverständlich, wenn sich dem Verfassungsschutz in Bezug auf Muslime Glauben schenken.

„Die Diskussionsveranstaltung ist ein Auftakt, ein erster Schritt gegen die wachsende antimuslimische Hetze“, so Biblap Basu von ReachOut, einer Beratungsstelle für Op-



Dr. Sabine Schiffer, Institut für Medienverantwortung (IMV), Yasemin Shoo-man, Moderatorin, Prof. Dr. Werner Schiffauer, Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder, Claudia Haydt, Informationsstelle Militarisierung (IMI) (von rechts)

fer rechter Gewalt. Das Bündnis hatte sich letztes Jahr gegen einen antimuslimischen Aufmarsch von Rechtspopulisten gegründet. „Wir planen eine Unterschriftenkampagne gegen die Diskriminierung von



Prof. Dr. Werner Schiffauer legte ausführliche Materialien über antimuslimische Kampagnen in den Medien vor.

Kriege zu rechtfertigen und gesellschaftlichen Widerstand zu spalten.“

Der „neue“ Rassismus gegen Muslime sei die „verallgemeinernde Zuweisung stereotyper Fakten und Fiktionen auf den Islam oder die Muslime“, erläuterte Dr. Sabine Schiffer.

Die Wissenschaftlerin des Instituts für Medienverantwortung zeigte anhand von zahlreichen Beispielen aus Focus, Spiegel, Tageschau und Bild, wie sie das Feindbild Islam seit den 1990er Jahren aufbauen.

Werner Schiffauer, Professor an der Viadrina in Frankfurt/Oder griff

## „Kopftuch- und Burkaverbote sind Scheindebatten“

**Alice Schwarzzer fordert ein Kopftuchverbot an Schulen, im öffentlichen Dienst und ein generelles Burkaverbot.**

In einer Stellungnahme lehnt Christine Buchholz, Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der Partei DIE LINKE, solche Forderungen ab. „Neu-Köllnisch“ dokumentiert die Erklärung:

„Zwang und Kleidungsverbote befreien Frauen keinesfalls. Im Gegenteil: Schwarzzer's Forderungen schränken den Zugang zu Bildung, zum Arbeitsmarkt und die Religionsfreiheit für Musliminnen ein.

Es ist ein Unterschied, ob in einem Klassenraum ein Kreuzifix an der Wand hängt und alle darunter Unterricht machen müssen oder ob eine Schülerin ein Kopftuch

trägt. Ein Kopftuch ist Ausdruck des persönlichen Glaubens. Ein Verbot in Schulen gefährdet das Recht der Schülerinnen auf Bildung.

Im öffentlichen Dienst würden kopftuchtragende Musliminnen von qualifizierten Jobs und einem eigenständigen Einkommen ausgeschlossen werden.

Auch ein generelles Burkaverbot hilft weder den Frauen, die sich freiwillig, noch denen, die sich unfreiwillig verschleiern. Es verschlechtert die Situation für beide. Wenn jetzt in Deutschland über ein Burkaverbot diskutiert wird, ist das eine ganz absurde Gespensterdebatte. Sie hat die Funktion, von den wahren Problemen unserer Gesellschaft abzulenken und Muslime zu Sündenböcken zu machen.“



Irmgard Wurdack, Sprecherin der Neuköllner LINKEN, rief zum gemeinsamen Kampf gegen Sozialabbau und Rassismus auf.

Frauen mit Kopftuch bei der Arbeitssuche“, kündigte Basu an.

Irmgard Wurdack, aktiv im Bündnis und Sprecherin des Bezirksverbandes DIE LINKE.Neukölln, erklärte, dass es trotz eines mächtigen Gegners, notwendig sei, Gegenöffentlichkeit gegen antimuslimischen Rassismus herzustellen. Wer kämpft, kann gewinnen! Wer nicht kämpft, hat schon verloren, zitierte sie Bertolt Brecht.

Lucia Schnell

# Umbau der Karl-Marx-Straße

Operation an einer Toten?



Michael Anker

**Seit Juni dieses Jahres wird an der Karl-Marx-Straße zwischen Silbersteinstraße und Jonasstraße (fast bis zum Karl-Marx-Platz) gebaut.**

Es ist diesmal nicht nur, dass die Straße aufgerissen wird, um alte Leitungen zu reparieren oder den maroden Straßenbelag auszubessern, sondern es ist der erste Bauabschnitt eines Totalumbaus der Straße, der bis 2025 (!) dauern soll.

Die Karl-Marx-Straße ist eine der Hauptverkehrsstraßen des Bezirkes. Sie beginnt am Hermannplatz und geht bis zur Grenzallee. Ab der Grenzallee führt sie unter anderen Namen durch die Ortsteile Britz, Buckow, Gropiusstadt und Rudow bis zur Stadtgrenze und darüber hinaus zum Flughafen Schönefeld. Sie ist die Haupteinkaufsstraße unseres Bezirkes. Oder war sie es? Im alten Westberlin war sie die viertgrößte Einkaufsstraße. Kurz nach der Öffnung der Grenze der DDR erlebte sie einen kurzen und riesigen Einkaufsboom. Der Boom ist lange vorbei.

Einkaufszentren und besonders die mangelnde Kaufkraft der Neuköllner machen ihr schwer zu schaffen. Der starke Autoverkehr und die zum Teil sehr schmalen Gehwege laden die Menschen nicht gerade zum flanieren und einkaufen ein. Trotzdem haben die Vermieter der Läden in den letzten Jahren die Mieten explodieren lassen. Sinkende Umsätze steigende Mieten – fast alle der alten Fachgeschäfte in der Straße haben aufgeben müssen. Gekommen sind dafür kurzlebige 99 Cent-Läden und Handyshops. Selbst die vor zehn Jahren eröffneten Neukölln Arkaden dümpeln vor sich hin.

Das zarte Kunst- und Kulturpflänzlein, das sich in und um die Karl-Marx-Straße in den letzten Jahren entwickelt hat, ist durch den Wegzug des Neukölln-Museums und die Privatisierung des Saalbaus stark beschädigt worden.

Das zarte Kunst- und Kulturpflänzlein, das sich in und um die Karl-Marx-Straße in den letzten Jahren entwickelt hat, ist durch den Wegzug des Neukölln-Museums und die Privatisierung des Saalbaus stark beschädigt worden. Doch nun soll alles besser und schöner werden. In den nächsten 15 Jahren soll die Karl-Marx-Straße grundlegend verändert werden:

- Die Gehwege sollen verbreitert und besser gestaltet werden.
- Die Möglichkeiten für Fußgänger, die Straße zu überqueren, sollen verbessert werden.
- Neue Straßenbäume sollen gepflanzt werden.
- Die Beleuchtung der Straße soll verbessert werden, besonders der Gehwege.
- Ein durchgängiger Liefer- und Parkstreifen soll entstehen.
- Ein Radwegstreifen auf der Fahrbahn auf der gesamten Länge der Straße soll markiert werden.
- Durchgängig soll nur noch eine Fahrbahn für den Autoverkehr bereit stehen, der aber auf der Fahrspur störungsfrei rollen kann.



Fotos: KDH

*Einspurig. Nicht nur während des Umbaus, sondern auch danach wird in jeder Fahrtrichtung nur eine Fahrspur für Autos zur Verfügung stehen (oben). Die „Passage“ mit dem Saalbau in der Nachbarschaft ist das Kulturzentrum an der Karl-Marx-Straße. Sie war 1910 bei ihrer Einweihung die erste Fußgängerzone in Deutschland.*

- Kreuzungen werden den Gegebenheiten angepasst.
- Kleine Plätze mit Bänken zum verschnauften sollen entstehen.

Der erste Bauabschnitt bis zur Jonasstraße ist finanziell abgesichert, er wird fertig gebaut. Die weiteren Bauabschnitte bis zum Hermannplatz sollten im Rahmen eines Sanierungsgebietes auch mit Mitteln der Städtebauförderung gebaut werden. Viele weitere Maßnahmen rund um die Karl-Marx-Straße, die zur Stärkung des Zentrums von Neukölln beitragen, sollen aus diesem Topf mitfinanziert werden, zum Beispiel der Umbau der „Alten Post“ zu einem Kulturzentrum.

Vor wenigen Wochen hat die Bundesregierung ihren Plan bekannt gegeben, die Mittel der Städtebauförderung um 50 Prozent zu kürzen. Alle noch nicht begonnenen Projekte und Bauabschnitte würden somit abgewürgt und der

weitere Ausbau der Karl-Marx-Straße stünde in den Sternen.

Ob wir alten Neuköllner die Karl-Marx-Straße in neuer Pracht vollständig erleben werden, oder wir bis dahin von Besserverdienenden Neu-Neuköllnern längst verdrängt sein werden, das wird die Zukunft zeigen. Doch eines ist klar: Wenn nichts an der Karl-Marx-Straße geschieht, dann werden wir sie endgültig zu Grabe tragen können.

Zwei Anmerkungen zum Schluss: Die Kürzungen der Städtebauförderung gefährdet auch die Finanzierung der Quartiersmanagementgebiete.

Dass die Bauarbeiten in der Karl-Marx-Straße so lange dauern, liegt nicht am Verhalten der Bauarbeiter, sondern daran, dass die Tunneldecke der U-Bahnlinie 7 gleichzeitig saniert wird und alle Leitungen in dem Bereich erneuert werden.

Michael Anker

## Werner Seelenbinder - Sportler und Antifaschist

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-VdA) lädt zum Gedenken an Werner Seelenbinder am Sonntag, dem 24. Oktober 2010, um 11 Uhr im „Werner-Seelenbinder-Sportpark Neukölln“ an der Oderstraße ein.

Am 24. Oktober jährt sich der Tag, als 1944 Werner Seelenbinder im Zuchthaus Brandenburg unter dem Fallbeil hingerichtet wurde. Er starb als aufrechter Sportler und Widerstandskämpfer. Seine letzte Ruhestätte fand er im alten Stadion Neukölln, wo seine Urne 1945 niedergelegt wurde.

In seinem Abschiedsbrief, den die VVN in der Einladung zum Gedenken dokumentiert, heißt es:

„Lieber Vater, Geschwister, Schwägerin und Friedell! Die Stunde des Abschieds ist nun für mich gekommen. Ich habe in der Zeit meiner Haft wohl alles durchgemacht, was ein Mensch durchmachen kann. Krankheit, körperliche und seelische Qualen, nichts ist mir erspart geblieben. Ich hätte gerne gemeinsam mit Euch, mit meinen Freunden und Sportkameraden die Köstlichkeiten und Annehmlichkeiten, die das Leben nach dem Kriege zu bieten hat und die ich jetzt doppelt zu schätzen weiß, erlebt. Das Schicksal hat es nun leider nach furchtbarer Leidenszeit anders für mich bestimmt. Ich weiß aber, dass ich in Euren Herzen und dem vieler Sportkameraden einen Platz gefunden habe, den ich immer darin behaupten werde. Dieses Bewusstsein macht mich stolz und stark und wird mich in der letzten Stunde nicht schwächer finden.“



Werner Seelenbinder, gezeichnet von Peter Edel.

## „Hunger nach Solidarität“

Weltweit leiden eine Milliarde Menschen Hunger. Dieses Thema greift die Galerie Olga Benario mit einer Ausstellung auf, die bis zum 11. November gezeigt wird.

Mit den Lebensmitteln, die wir produzieren, könnten zwölf Milliarden Menschen ernährt werden. Junge Erwachsene präsentieren, ausgehend von einem künstlerischen Wettbewerb, ihre Plakatbeiträge zum Thema „Hunger

nach Solidarität“. Kreativ, überraschend und bissig zeigen sie die Welthungersituation und werfen die Frage nach weltweiter Verbundenheit und Partnerschaft auf. Der Wettbewerb wurde von SODI, dem Solidaritätsdienst International e.V., initiiert. In Zusammenarbeit mit Frauen- und Gewerkschaftsorganisationen, mit Kommunen und kirchlichen Einrichtungen realisiert SODI nachhaltige Selbsthilfeprojekte in Asien, Afrika, Lateinamerika sowie Ost- und Südosteuropa.

Im Begleitprogramm werden Filme zum Thema gezeigt: Am 21.

Oktober zeigt „Wasser unterm Hammer“, die drastischen Folgen der weltweiten Privatisierung des Wassers. Anschließend steht Claus Kittsteiner vom Berliner Wassertisch für Informationen und Diskussion zur Verfügung. Im Dokumentarfilm „Leben außer Kontrolle – Von Genfood und Designerbabys“, wird am 28. Oktober die fortschreitenden Genmanipulationen bei Pflanzen und Tieren sowie ihre Auswirkungen auf Menschen weltweit zum Thema gemacht. Am 4. November erkundet der Film „Monsanto – Mit Gift und Genen“ das Reich des US-amerikanischen Konzerns „Monsanto Chemical Works“.

Er ist Marktführer für Biotechnologie, der mit seinen Biopatenten Kleinbauern weltweit in Abhängigkeit und Verschuldung zwingt. Die aufrüttelnde Dokumentation „The Future of Food – Nichts ist, wie es schmeckt“, serviert am 11. November erschreckende Methoden und Ziele der Genfood-Industrie, die nur eines im Sinn hat: Profit.

Die Begleitveranstaltungen beginnen jeweils um 19.30 Uhr in der Galerie Olga Benario, Richardstraße 104, nahe der Passage zur Karl-Marx-Straße (U7).

## DIE LINKE. mach mit!

Egal, ob Du Parteimitglied bist oder nicht:  
Sei linksaktiv und du kannst sofort anfangen.

Nimm Kontakt zu uns auf:

Ruben Lehnert, Sprecher DIE LINKE.Neukölln, 0176 296 492 75,  
ruben.lehnert@die-linke-neukoelln.de

Irmgard Wurdack, Sprecherin DIE LINKE.Neukölln, 0178 851 28 71  
irmgard.wurdack@die-linke-neukoelln.de

Oder den Coupon ausfüllen, abtrennen und an folgende Adresse schicken:

DIE LINKE.Neukölln, Richardplatz 16, 12055 Berlin, Fax: 030/61359 19

Neu-Köllnisch · 08/2010 - OKTOBER

www.die-linke-neukoelln.de

DIE LINKE Berlin-Neukölln

### Informationsangebot

- Ich möchte Informationsmaterial bekommen.
- Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden.
- Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Name: .....

Anschrift: .....

E-Mail: ..... Telefon:.....

## Neu-Köllnisch

OKTOBER 2010

Neu-Köllnisch erscheint 10 x im Jahr

Herausgeber: DIE LINKE,  
Landesverband Berlin

Auflage dieser Ausgabe: 3.000

V.i.S.d.P.: Klaus-Dieter Heiser

Kontaktadresse: DIE LINKE Neukölln  
Richardplatz 16, 12055 Berlin,  
Tel./Fax: 030-613 59 19

Redaktionsschluss: 5.10.2010

Beiträge für die nächste Ausgabe  
bitte bis zum 22.10.2010Namentlich gekennzeichnete Artikel  
müssen nicht der Ansicht des Heraus-  
gebers entsprechen.

Foto: KDH

Neukölln in 101 Sprachen: Das Glashaus steht auf dem Platz der Stadt Hof.

## Auf ein Wort: Buschkowsky

**Heinz Buschkowsky ist von der SPD wieder als Spitzenkandidat für die Neuköllner Bezirksverordnetenversammlung aufgestellt worden.**

Als die SPD nach den letzten Bundestagswahlen pikiert feststellen musste, dass sie im Neuköllner Norden nicht mehr die Nummer 1 war, da war die Not groß.

Buschkowsky, der in jedes ihm hingehaltene Mikrofon erklärt, dass er bei Migranten „fortschreitenden Rückmarsch ins Mittelalter“ beobachtet, soll die Lufttheorie über den Stammtischen zurückerobern und die nächsten Wahlen gewinnen. Wie? Erst jüngst hat sich Buschkowsky im „stern“ für eine radikale Reform der Kindergeldzahlung ausgesprochen. „Ich sage: Nur noch die Hälfte des Kindergeldes an die Eltern bar auszahlen. Aus den restlichen 17 Milliarden Euro machen wir Krippen, Kindergärten, Ganztagschulen, kleinere Klassen, Mittagessen, kostenlose Schulbücher, Sprachunterricht, Sport, Musik.“

So richtig Investitionen in die Bildung sind, das Kindergeld ist der falsche Topf dafür. Falsch ist es auch, die Eltern unter Generalverdacht zu stellen, sie könnten nicht mit dem Geld für ihre Kinder umgehen.

Buschkowsky spricht zwar von „bildungsfernen Familien“, meint aber vor allem Migranten, denen er „Einwanderung in die Sozialsysteme“, „Integrationsverweigerung und Parallelgesellschaften“ vorwirft. Damit will er Stimmen gewinnen. Und hierbei spielt er auf dem gleichen Klavier wie Thilo Sarrazin mit seinem anti-muslimischen Rassismus. Nachdem Sarrazin der SPD aus dem Ruder gelaufen ist, heißt es jetzt: Heinz Buschkowsky, übernehmen Sie!

KDH

# Wohnen wird teurer

**Die Mieten in Neukölln kennen nur eine Tendenz: Steigerung nach oben. Jetzt droht ein neuer Mietschub.**

Neukölln ist ins Visier von Investoren mit kurzfristigen Rendite-Interessen geraten. Ganze Wohnblöcke im Neuköllner Norden werden aufgekauft und die Mieten werden angehoben, oftmals ohne sich bei Neuvermietungen an den Mietspiegel zu halten.

### Umlage Wärmedämmung

Die Merkel-Regierung beabsichtigt Einschnitte tief ins Mietrecht vorzunehmen. Die Hauseigentümer sollten künftig einen größeren Teil der Kosten für eine bessere Wärme-

dämmung der Gebäude auf die Mieter umlegen dürfen. Gegenwärtig sind es bis zu elf Prozent jährlich für Modernisierungsmaßnahmen. Unter dem Vorwand der Wärmedämmung soll diese Grenze jetzt aufgehoben werden.

### Sozialer Wohnungsbau

In den nächsten Jahren läuft für rund 3.000 Wohnungen in Neukölln die Förderung des ehemaligen sozialen Wohnungsbaus aus. In der Vergangenheit hat das Land Berlin die Differenz zwischen der Sozialmiete und der vom Senat bewilligten Kostenmiete übernommen. Je teurer die Investoren bauten, desto mehr Geld konnten sie einstreichen. Den Aufstieg des Senats aus der Förderung haben viele Eigentümer an die Mie-

ter weitergegeben. Ein insgesamt steigendes Mietenniveau in Neukölln erhöht den Druck, Forderungen der Vermieter zu erfüllen. Durch den Verkauf landeseigener Wohnungsgesellschaften ist in Neukölln der Bestand an Wohnungen in öffentlicher Hand stark zurückgegangen und damit die Möglichkeit regulierend einzugreifen.

### Wohngeld

Auf Druck der Mieterverbände und der LINKEN wurde eine Heizkostenpauschale ins Wohngeldgesetz aufgenommen. Dies will die Merkel-Regierung jetzt ersatzlos streichen. Betroffen sind Mieter mit geringem Einkommen, vor allem Rentner, Geringverdienende und Studierende.

Klaus-Dieter Heiser



**Volksbegehren: „Wir Berliner wollen unser Wasser zurück!“**

**Aktionstag in Neukölln: 9. Oktober**

Der Parteivorstand DIE LINKE hat aufgerufen, Unterschriften für das Volksbegehren zu sammeln.  
Treffpunkt: 10 Uhr, Richardplatz 16.

**Lesen Sie auch Seite 2**

## DIE LINKE bietet kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung

**DIE LINKE. Neukölln bietet eine regelmäßige kostenlose Hartz-IV-Rechtsberatung an. Mit der Rechtsanwältin Frau Heitmann steht Hartz-IV-Betroffenen eine erfahrene Juristin mit Rat und Tat zu Verfügung. Diese Erstberatung ist für Betroffene kostenfrei.**

**Die Beratungen finden jeden zweiten und vierten Mittwoch im Monat von 14 bis 16 Uhr in der Geschäftsstelle am Richardplatz 16 in 12055 Berlin (U7 Karl-Marx-Straße) statt. Für Nachfragen und zur Terminanmeldung steht Franziska Lorenz-Hoffmann (030-53 08 46 26, franziska.lorenz-hoffmann@die-linke-neukoelln.de) gerne zur Verfügung.**

**Die Arbeitsgruppe Hartz IV von DIE LINKE. Neukölln trifft sich jeden zweiten Mittwoch im Monat um 17.30 Uhr in der Geschäftsstelle am Richardplatz 16. Die nächsten Treffen finden am 13. Oktober und am 10. November statt.**